

# **Koalitionsvereinbarung**

## **zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen**



**6. Legislaturperiode  
der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Hennigsdorf**

2014 - 2019

## **Gliederung**

Präambel.....	3
Prinzipien der Zusammenarbeit .....	4
Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung.....	5
Stadtentwicklung und Verkehr.....	6
Familie, Schule und Kultur .....	6
Haushalt und Finanzen.....	8
Zusammenleben mit Flüchtlingen und Asylsuchenden .....	8

## **Präambel**

Als Grundlage der Zusammenarbeit für die kommenden fünf Jahre haben die Hennigsdorfer SPD und Bündnis 90/Die Grünen Hennigsdorf diese Koalitionsvereinbarung geschlossen.

Die Koalition will Verantwortung für eine konsequente soziale, ökologische und beteiligungsorientierte Politik für die Stadt Hennigsdorf übernehmen. Sie sieht die Stadt stets in ihrer Gesamtheit und berücksichtigt bei Entscheidungen die Wirkungen auf mittelbar und unmittelbar betroffene Stadtgebiete und Bürger. Im Abwägungsfall steht dabei das Gemeinwohl über Einzel- und Gruppeninteressen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen noch intensiver und frühzeitiger in den kommunalen Meinungsbildungsprozess eingebunden werden. Ihre Teilhabe an der Entscheidungsfindung ist die Wurzel der kommunalen Selbstverwaltung.

Ziel ist die weitere Entwicklung der Stadt als attraktiver und innovativer Wirtschafts-, Technologie-, Bildungs- und Wohnstandort. Eine wirtschafts- und umweltfreundliche Stadt muss heute und zukünftig dabei vor allem auch eine familiengerechte Stadt sein.

## **Prinzipien der Zusammenarbeit**

Die Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen streben in der Koalition gemeinsam mit dem Bürgermeister und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung eine gleichberechtigte, vertrauensvolle, offene, faire und von frühzeitiger gegenseitiger Information geprägte Zusammenarbeit an.

Der Bürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung haben dabei das Vertrauen der Koalitionsfraktionen und werden von diesen getragen und unterstützt.

Grundprinzip der Zusammenarbeit ist das Einvernehmen nach entsprechender Beratung und Diskussion in der Koalition. Die Koalitionsfraktionen stimmen dabei im Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen und Gremien einheitlich ab, sofern sie im Einzelfall zuvor nichts Anderes einvernehmlich verabredet haben.

Darüber hinaus stellen die Fraktionen Anträge, Anträge zur Tagesordnung und Änderungsanträge nur gemeinsam, sofern sie im Einzelfall zuvor nichts Anderes einvernehmlich verabredet haben.

Die Fraktionen sind jedoch in der Besetzung der ihnen zufallenden Sitze und Zugriffe frei.

Zur Organisation der Zusammenarbeit in der Koalition wird ein gemeinsamer Koalitionsausschuss gebildet. Dem Koalitionsausschuss gehören jeweils vier von jeder Fraktion zu benennende Mitglieder, der Bürgermeister und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung an. Grundlage der Zusammenarbeit im Koalitionsausschuss ist das Ziel, Einvernehmen zwischen den am Koalitionsausschuss beteiligten Fraktionen und dem Bürgermeister zu erreichen.

Der Koalitionsausschuss tagt in der Regel einmal vor jeder Stadtverordnetenversammlung auf Einladung des Bürgermeisters und darüber hinaus nach Bedarf. Jede Fraktion hat das Recht, eine Sitzung des Koalitionsausschusses zu verlangen. Die Ladungsfrist beträgt in der Regel eine Woche. Sie kann auf Verlangen und in dringenden Angelegenheiten verkürzt werden. Die Sitzungsleitung und das Ergebnisprotokoll obliegen dem Bürgermeister. Mitglieder des Koalitionsausschusses, die nicht Mitglied der

Stadtverordnetenversammlung sind, verpflichten sich schriftlich die Regelungen der Kommunalverfassung zur Verschwiegenheit und zum Mitwirkungsverbot zu beachten.

### **Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung**

Die Koalitionsfraktionen respektieren das Recht der SPD als größte Fraktion den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung vorzuschlagen und werden diesen Vorschlag einhellig unterstützen.

Der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung soll neben dem Bürgermeister als Vorsitzenden weitere 10 Stadtverordnete umfassen, so dass alle Fraktionen entsprechend darin vertreten sind.

Die Fachausschüsse für Familie, Soziales und Kultur (FSK) und für Bauen, Planung und Umwelt (BPU) sollen zukünftig aus 11 Stadtverordneten bestehen, um allen Fraktionen die aktive Mitarbeit darin zu ermöglichen.

Die Koalition will darüber hinaus durch die Stadtverordnetenversammlung jeweils bis zu 4 sachkundige Einwohner/innen in die Fachausschüsse FSK und BPU berufen. Die sachkundigen Einwohner/innen sollen dabei hinreichend unabhängig und sachkundig sein, um dem jeweiligen Fachausschuss beratend zur Seite zu stehen. Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Regelungen dafür zu schaffen bzw. bestehende Regelungen entsprechend anzupassen.

Darüber hinaus sollen ein Werksausschuss (WA), ein Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) und ein Petitionsausschuss (PA) bestehend aus jeweils 7 Stadtverordneten gebildet werden.

Die Ergebnisse der Abstimmungen in der SVV und den Ausschüssen sollen künftig detailliert nach Anzahl der Nein-Stimmen und Enthaltungen festgestellt werden und in den Protokollen und im Amtsblatt erscheinen. Die Geschäftsordnung soll entsprechend angepasst werden.

Im Rahmen einer Änderung der Hauptsatzung soll das Quorum für einen Einwohnerantrag gemäß §14 Abs.3 der Kommunalverfassung auf 3 Prozent festgesetzt werden.

Darüber hinaus ist sich die Koalition einig darin, dass sich die bestehenden Regelungen in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung grundsätzlich bewährt haben und beibehalten werden sollen.

### **Stadtentwicklung und Verkehr**

Der Flächennutzungsplan der Stadt Hennigsdorf muss fortgeschrieben werden. Diese Fortschreibung soll noch im Jahr 2014 veranlasst werden. Ein Ziel der Koalition ist es, dabei die Ortsumgehung Nieder Neuendorf aus dem Flächennutzungsplan zu streichen, um die Planung damit an die aktuelle Landesstraßenbedarfsplanung anzupassen. Das bisher der Ortsumgehung vorbehaltenes Gebiet soll mindestens teilweise dem Landschaftsschutz unterstellt werden, um die beiden Flora-Fauna-Habitat-Gebiete im Norden und Süden Nieder Neuendorfs miteinander zu verbinden.

Auf Grundlage des Querungshilfekzeptes der Stadt Hennigsdorf setzen die Koalitionsfraktionen darauf, dort Zebrastreifen (Fußgängerüberwege) einzuführen, wo dies sinnvoll und möglich ist, um die Fußgängerfreundlichkeit und damit gleichzeitig die Sicherheit der Kinder und Senioren sowie die Umweltbedingungen in der Stadt deutlich zu verbessern.

Die Koalition setzt sich darüber hinaus für eine durchgehende Tempobeschränkung auf 30 km/h auf der durch Nieder Neuendorf führenden Landesstraße sowie für eine dichtere Taktfrequenz der Buslinie 136 nach Berlin-Spandau ein. Der Lärmaktionsplan soll weiter konsequent umgesetzt werden.

Die Schaffung einer möglichst weitgehenden Barrierefreiheit ist Ziel der Koalition. Dazu werden die Projekte der Revitalisierung der Hochhäuser und deren Umfeld und die diesbezügliche Neugestaltung des Postplatzes konsequent weiter verfolgt.

### **Familie, Schule und Kultur**

Mit der Trägerschaft der Stadt von sieben der acht Kindertagesstätten in Hennigsdorf soll auch in Zukunft ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kita- und Hortplätzen sowie Kindertagespflegestellen garantiert werden. Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sind nicht nur Betreuungseinrichtungen,

sondern haben auch einen Bildungsauftrag. Dieser Anspruch wird auch weiterhin sehr ernst genommen. Deshalb werden sie auch in Zukunft bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen Konzepte unterstützt. Hierzu gehören auch die materielle Ausstattung und die baulichen Voraussetzungen, um diese Konzepte umzusetzen. Darüber hinaus werden auch in Zukunft die zusätzlichen pädagogischen Angebote in den Kitas finanziell unterstützt. Die Zusammenarbeit der Grundschulen mit den Kitas in ihrer Nachbarschaft soll weiter verbessert werden und dafür gezielte Anreize gesetzt werden.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf qualitativ hochwertig weiter entwickelt wird und hierfür ein dem Förderbedarf angemessener Personalschlüssel zur Verfügung steht. Die dafür notwendigen Ausstattungen und Räumlichkeiten sollen im Rahmen der Trägerschaft der Stadt Hennigsdorf zur Verfügung gestellt werden.

Die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung wird von der Koalition konsequent umgesetzt.

Durch das Audit „familiengerechte Kommune“ wurde das Projekt „Sozialarbeit an Grundschulen“ angestoßen. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase an der Grundschule „Theodor Fontane“ soll dieser Standard in unserer Stadt an allen Grundschulen realisiert werden.

Die Koalition will eine gesunde und schmackhafte Essensversorgung in den Schulen und Kitas sichern.

Die Musikschule der Stadt Hennigsdorf ist ein Erfolgsmodell. Die Koalition wird die Politik zur Festigung und Weiterentwicklung der Hennigsdorfer Musikschule konsequent fortsetzen und auf die dauerhafte Fortsetzung der Einbeziehung des Landkreises in die Sicherung der Rahmenbedingungen bestehen. Die Koalition strebt eine noch breitere Ausrichtung der Hennigsdorfer Musikschule hin zu einer Musik- und Kunstschule unter Berücksichtigung der vorhandenen räumlichen Ressourcen und der bestehenden finanziellen Spielräume an. Beim Aufbau und der Leitung des Kunstbereiches soll dabei sowohl die erforderliche fachliche Qualifikation als auch die notwendige fachliche Eigenständigkeit des Bereiches angemessen berücksichtigt werden. Die Koalition ist bestrebt, das derzeitige Entgeltelniveau der Musikschule zu erhalten.

Die Planungen für ein neues Schwimmbad sind bis zur Baugenehmigung vorangetrieben und die Koalition wird zukünftig an der Finanzierung des Neubaus arbeiten, ohne dabei die Risiken aus dem Auge zu verlieren. Parallel ist darauf zu achten, dass das bestehende Schwimmbad bis zur Vollendung eines Neubaus funktionstüchtig erhalten bleibt. Das neue Stadtbad Hennigsdorf soll hohen Energieeffizienzansprüchen genügen.

Die Koalition strebt weiterhin an, Vereine mit herausragender Kinder- und Jugendarbeit durch eine Erhöhung des derzeit geltenden Fördersatzes für Betriebskostenzuschüsse vereinspezifisch um weitere bis zu 20 Prozent zusätzlich an Unterstützung zu gewähren.

### **Haushalt und Finanzen**

Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches und zielgerichtetes Handeln der Koalition ist eine stabile Haushalts- und Finanzsituation der Stadt. Deshalb wird der Kurs des sparsamen Umganges mit Haushaltsmitteln weiter fortgesetzt. Ziel sind dabei nicht kurzfristige effektvolle Aktionen, sondern eine langfristige, tragfähige und nachhaltige Entwicklung und Investitionen der Stadt für ihre Bürger/innen und Unternehmen.

Nur eine finanziell starke sowie leistungs- und handlungsfähige Stadt kann sowohl die anstehenden Aufgaben als auch die zukünftig notwendigen Investitionen bewältigen.

Die Koalition wird auch zukünftig die öffentlich geförderte Beschäftigung im Rahmen der ABS und der Arbeitsmarkinitiative OHV-Süd unterstützen.

Mit der Koalition wird es keinen Ausverkauf von kommunalem Vermögen geben. Die kommunalen Unternehmen der Stadt sind ein wichtiger Bestandteil des Gesamtunternehmens Stadt zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben im Interesse der Bürger/innen und Unternehmen.

### **Zusammenleben mit Flüchtlingen und Asylsuchenden**

Der Umgang unserer Stadt mit den hier lebenden Flüchtlingen und Asylsuchenden ist uns ein wichtiges Anliegen. Insbesondere die freiwilligen Bürgerinitiativen, die sich dieser Zielgruppe zugewandt haben, bedürfen der tatkräftigen politischen



Unterstützung und der Bereitstellung von Ressourcen. Integration setzt Spracherwerb voraus, nur so kann Kommunikation zwischen Bürger/innen und Flüchtlingen langfristig gelingen. Welchen Beitrag die Stadt bei der Einrichtung von Angeboten zum Erlernen der deutschen Sprache leisten kann, soll Gegenstand von Erörterungen in der Koalition und der Stadtverordnetenversammlung sein. Dabei wird der Ratschlag von Bürger/innen und Organisationen, die in dieser Frage Erfahrungen und Vorschläge haben, für die Meinungsbildung wichtig sein. Insbesondere den Kindern und Jugendlichen unter den Flüchtlingen und Asylsuchenden in unserer Stadt soll die Partizipation neben dem Besuch der Kita und Schule auch in der Freizeit ermöglicht werden. Dabei sind sie auch auf die Mitwirkungsbereitschaft von Bürger/innen, Vereinen und Organisationen angewiesen. Um die Lebensqualität der Asylsuchenden sowie aller Hennigsdorfer Bürger/innen zu verbessern, soll weiter darauf hingewirkt werden, das bestehende Gutscheinsystem abzuschaffen.

Gemeinsam mit den anderen Fraktionen sowie mit Bürgerinitiativen und Vereinen stellen wir uns noch stärker und präsenter dem Rechtsradikalismus und anderen antidemokratischen Bestrebungen in unserer Stadt entgegen und gehen dieses in vielfältigen Projekten proaktiv an.

Hennigsdorf, den

Fraktion SPD

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen